

N i e d e r s c h r i f t

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss in seiner 6. Wahlperiode am 25.05.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus (Nicht anwesend)	
Vertreterin: Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Schmidt, Harald (Nicht anwesend)	
Vertreterin: Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Schmidt, Maike (Entschuldigt fehlend)	Fraktion PETO

Verwaltung

Spiecker, Gerd
Herrmann, Max
Warden, Marion
Müchler, Gerhard
Brock, Hans Peter
Bosbach, Hans
Frömmer, Martin
Hohmeier, Michael
Herschelmann, Sigrid
Mittmann, Georg

Krämer, Guido

Nolte, Martin

Boldt, Günther

Schriftführer

Beginn der Sitzung 18:05 Uhr

Ende der Sitzung 21:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 30.03.2000
- Ö 3. 2000/0497 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen der letzten Sitzung
- Ö 4. 2000/0452 Änderung der Hundesteuersatzung
- Ö 5. 2000/0465 Soziale Trainingskurse mit delinquenten Kindern und Jugendlichen - Durchführung der Projekte - Brücke - und - Tunnel - durch den SKFM
- Ö 6. 2000/0487 Projekt "Stadtteilbezogene Prävention und Intervention zur Vermeidung bzw. Überwindung von Wohnungsnotfällen im Berliner Viertel"
- Ö 7. 2000/0501 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW)
- Ö 8. 2000/0515 Sanierung Sportplatz Sandstraße
1. Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel - Dringliche Entscheidung gem. §§ 60 Abs. 1, S. 1 i.V.m. 82 Abs. 1 GO NRW -
2. Entscheidung über die Bauweise
- Ö Bürgerfragestunde
- Ö 9. Mündliche Anfragen
- Ö 10. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

NÖ 11.		Feststellung der Beschlussfähigkeit
NÖ 12.		Kenntnisnahme der Niederschrift vom 30.03.2000
NÖ 13.	2000/0498	Bericht über die Ausführung von Beschlüssen der letzten Sitzung
NÖ 14.	2000/0504	Personalangelegenheit
NÖ 15.	2000/0440	Vertragsangelegenheit
NÖ 16.	2000/0460	Vertragsangelegenheit
NÖ 17.	2000/0480	Vergabeangelegenheit
NÖ 18.		Mündliche Anfragen
NÖ 19.		Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Sodann gibt er eine Änderung der Tagesordnung bekannt. Es liege eine Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt „Sanierung Sportplatz Sandstraße“ vor. Die Vorlage aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung sei zusammengestrichen und um den Punkt „Auftragsvergabe“ gekürzt worden, so dass über die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel und über die Entscheidung über die Bauweise in öffentlicher Sitzung beraten werden könne. Die Auftragsvergabe müsse weiter im nichtöffentlichen Teil verbleiben. Wegen dieses Problems würde er darum bitten, bei der Debatte im öffentlichen Teil der Sitzung sich da, wo es notwendig ist, an pauschale Zahlen zu halten. Er schlägt vor, diesen zusätzlichen Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil der Sitzung unter lfd. Nr. Ö 8 aufzunehmen. Die jetzigen Tagesordnungspunkte lfd. Nr. Ö 8 und Ö 9 würden dann lfd. Nr. Ö 9 und Ö 10.

Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion beantragt, unter lfd. Nr. Ö 9 als weiteren Tagesordnungspunkt „Behandlung von Zuschussanträgen Monheimer Vereine“ aufzunehmen. Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass für derartige Anträge nach der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse eine 10tägige Einreichungsfrist gilt. Da eine

Dringlichkeit gegeben ist, einigt der Ausschuss sich dahingehend, dass dieser Antrag unter dem Tagesordnungspunkt „Mündliche Anfragen“ behandelt wird.

Der vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellte Antrag auf einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil „Aufhebung der Wiederbesetzungssperre in

Abstimmung zum Antrag der Fraktion MBM/F.D.P auf 3 Jahre Steuerbefreiung (weitergehender Antrag):

dafür 1 Stimme (MBM/F.D.P)

dagegen 14 Stimmen (BM, CDU, SPD, Grüne)

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung die Anregung der SPD-Fraktion auf Prüfung des Mißbrauchs des Paragraphen über die einjährige Steuerbefreiung aufnehmen, die Zahl der Einzelfälle ermitteln und dann in einem Jahr berichten werde. Die Anregung brauche so nicht als Antrag bearbeitet zu werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Die Satzung zur 3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 25.11.1996 wird in der vorgelegten Fassung mit folgender Änderung der Steuersätze beschlossen: die Steuer beträgt jährlich für einen Hund

180,-- DM

für zwei Hunde 230,-- DM je Hund

für drei Hunde und mehr 280,-- DM je Hund.

Die Steuerbefreiung für Hunde aus einem Tierheim gilt für ein Jahr.
Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 14 Stimmen (BM, CDU, SPD, Grüne)

dagegen 1 Stimme (MBM/F.D.P)

Ö 5. 2000/0465 Soziale Trainingskurse mit delinquenten Kindern und Jugendlichen - Durchführung der Projekte - Brücke - und - Tunnel - durch den SKFM

Eine Sprecherin der CDU-Fraktion führt aus, dass die CDU-Fraktion für diese Einrichtung von Sozialen Trainingskursen sowohl für Jugendliche als auch für Kinder sei. Man sei allerdings dagegen, dass in der vorliegenden Form an den SKFM zu vergeben. Dies werde mit dem vorgelegten Konzept begründet, dass man nicht für ausreichend halte, um den hohen Qualitätsanforderungen zu entsprechen. Der Schwerpunkt sei zu sehr auf den Sport gelegt, was nicht ausreichend sei. Es werde daher von der CDU-Fraktion folgendes Verfahren vorgeschlagen:

1. Es werden Soziale Trainingskurse für Jugendliche von der Stadt durchgeführt, wobei nach neuen Modellen und Kooperationen mit anderen Städten gesucht werden soll,
2. Soziale Trainingskurse für Kinder werden im 2. Halbjahr 2000 ebenfalls in Trägerschaft der Stadt durchgeführt,
3. Von den mit einem Sperrvermerk versehenen Mitteln in Höhe von 60.000,-- DM werden 15.000,-- DM für die Durchführung von Sozialen Trainingskursen mit Kindern freigegeben,
4. Anfang des Jahres 2001 wird in nichtöffentlicher Sitzung ein qualifizierter Bericht über die Maßnahmen vorgelegt.

Die Verwaltung erklärt, dass eine Trägerschaft der Stadt grundsätzlich möglich sei. Die Koordination läge bei der Stadt. Fachkräfte für die sportliche Arbeit müßten gewonnen werden. Vorstellbar sei auch eine Kooperation mit Nachbarstädten, wie z.B. Langenfeld, um sich die Kosten zu teilen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt dann einige Fragen. Er bemerkt u.a., dass bei einer dauerhaften Aufgabe und der Arbeit mit Honorarkräften der Personalrat zu beteiligen sei, der im Rahmen des Mitbestimmungsverfahrens auf die Bremse treten könne und die ganze Sache dann verzögert werde. Positiv zu sehen an dem Antrag der CDU-Fraktion sei eine Kostenreduzierung.

Der Bürgermeister entgegnet, dass in der Tat der Personalrat zu beteiligen ist. Das ließe sich aber zeitlich gesehen regeln.

Eine Sprecherin der SPD-Fraktion äußert, unter der Voraussetzung, dass wirklich so schnell wie möglich alles in die Wege geleitet und die Kurse durchgeführt werden und zum Teil auch das vorliegende Konzept des SKFM, was eigentlich das ist, was vom Jugendbereich vorgegeben wurde, inhaltlich mit berücksichtigt wird, könnte man dem Vorschlag mit allen Konsequenzen, u. a. Einbeziehung des Personalrates, so auch folgen. Sie halte jedoch einen Betrag von 20.000,-- DM für die Durchführung von Sozialen Trainingskursen für Kinder für angebracht. Ein Beschluss sollte daran aber nicht scheitern. Falls die Mittel nicht ausreichen, müsste nachbewilligt werden. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion ist der Auffassung, es vorerst bei dem Betrag von 15.000,--DM zu belassen. Falls sich ein höherer Bedarf herausstelle, sei es ja jederzeit möglich, etwas nachzulegen.

Der Ausschuss beschließt:

- Es werden Soziale Trainingskurse für Jugendliche von der Stadt durchgeführt, wobei nach neuen Modellen und Kooperationen mit anderen Städten gesucht werden soll,
- Soziale Trainingskurse für Kinder werden im 2.Halbjahr 2000 ebenfalls in Trägerschaft der Stadt durchgeführt,
- Von den mit einem Sperrvermerk versehenen Mitteln in Höhe von 60.000,--DM werden 15.000,-- DM für die Durchführung von Sozialen Trainingskursen mit Kindern freigegeben,
- Anfang des Jahres 2001 wird in nichtöffentlicher Sitzung ein qualifizierter Bericht über die Maßnahmen vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 6. 2000/0487 Projekt "Stadtteilbezogene Prävention und Intervention zur Vermeidung bzw. Überwindung von Wohnungsnotfällen im Berliner Viertel"

Der Ausschuss beschließt:

Das Projekt „Stadtteilbezogene Prävention und Intervention zur Vermeidung bzw. Überwindung von Wohnungsnotfällen im Berliner Viertel“ im Rahmen der Maßnahmen „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf in Monheim am Rhein“ wird vorbehaltlich der Bezuschussung aus Fördermitteln des Landes durchgeführt. Die Projektbeschreibung ist als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 7. 2000/0501 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW)

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat:

Der öffentlich-rechtliche **Vertrag** über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW) zwischen dem Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat und den kreisangehörigen Städten, jeweils vertreten durch den Bürgermeister, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 8 2000/0515 Sanierung Sportplatz Sandstraße
1. Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel -
Dringliche Entscheidung gem. §§ 60 Abs. 1, S. 1 i.V.m. 82 Abs. 1
GO NRW -
2. Entscheidung über die Bauweise

Der Bürgermeister weist wie zu Beginn der Sitzung nochmals darauf hin, dass hier nur eine gekürzte Fassung der Vorlage Nr. 2000/0480 aus der nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden könne, da über den Bereich der Auftragsvergabe nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden werden dürfe. Er bittet daher, in der jetzigen Diskussion nicht auf konkrete Zahlen bzw. konkrete Firmen, die ein Angebot abgegeben haben, einzugehen. Wettbewerbsrechtliche Vorschriften würden dazu zwingen, die Auftragsvergabe nichtöffentlich durchzuführen. Darum müsse sich jeder unbedingt an die Spielregeln halten. Zu diesem Tagesordnungspunkt habe die Verwaltung den Architekten Herrn van Aken von der Firma Plan & Service GmbH, Kranenburg, eingeladen. Er würde Herrn van Aken darum bitten, insbesondere zu den Neuerungen wie Behindertenrampe, Installation der L-Steine und der Erforderlichkeit der Tragschicht Stellung zu beziehen und technisch zu erläutern.

Herr van Aken gibt einen Überblick über die Planungsvorstellungen mit den jetzt vorgesehenen Änderungen und den dadurch entstehenden Mehrkosten.

Der Bürgermeister fasst zusammen, dass es heute darum gehe, zu beschließen, ob eine Behindertenrampe angelegt werden soll, ob für die Böschung die L-Steine verwendet werden und ob der Kostenteuerung zugestimmt werde.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion erklärt, man sei dafür, dass die Sanierung des Platzes mit einer nachhaltigen Qualitätssicherung stattfindet. Mit den Entwürfen des Architekten sei man gut beraten. Daher halte man es für dringend angezeigt, dass die Vorschläge, die durch die Mitwirkung des Planungsbüros hereingekommen sind, umgesetzt werden und dass daher letztlich die überplanmäßigen Mittel, die nötig sind, weil im ursprünglichen Ansatz diese Details nicht in voller Gänze berücksichtigt worden sind, bereitgestellt werden. Durch die Mittelerhöhung entstünden keine schädlichen Folgen für andere Sportanlagen. Entsprechend dem Sportstättenkonzept würden die Sportstätten Zug um Zug mit den zur Verfügung stehenden Mitteln instandgesetzt.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, dass die Ausführungen des Herrn van Aken sehr interessant waren. Sie hätte sich nur gewünscht, dass diese bereits zu einem früheren Zeitpunkt zur Kenntnis gegeben worden wären. Eigentlich habe sie unterstellt, dass die Verwaltung sich mit solchen Details beschäftigt hat. An den Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewandt, bemerkt

sie, dass die Sanierung längst in Angriff genommen sei. Da sei der zweite Schritt vor dem ersten gemacht worden. Grundsätzlich habe man nach den sehr ausführlichen Diskussionen in den beiden letzten Ratssitzungen zum Thema Sanierung Sportplatz Sandstraße nicht damit gerechnet, sich schon wieder damit beschäftigen zu müssen. Man sei überrascht, dass sich eine so drastische Erhöhung schon nach so kurzer Zeit ergeben habe. In der Vorlage vom 24.02.2000 sei zu lesen, dass intensive Bemühungen der Sportfreunde Baumberg bei der Auswahl von Materialien und Standards zu beachtlichen Minderausgaben bei der Auftragsvergabe führen. Diese Aussage sei in der damaligen Sitzung als Garant für die korrekte Kostenermittlung dargestellt. Heute sei in der Vorlage zu lesen, dass den Sportfreunden gemachte günstige Angebot fand sich im Ergebnis nicht wieder. Vor diesem Hintergrund sollte die Rechnungsprüfung überprüfen, inwieweit die Bedingungen der Vergabeordnung bei der Entscheidung für Rasenart, Unterbau und der Kosten, die man heute vorgelegt bekomme, berücksichtigt wurden. Die Erhöhung der Kosten um rund eine Viertelmillion DM lasse den Schluss zu, dass die Planung und Kostenermittlung nicht sorgfältig genug war. Die Kosten für den behindertengerechten Zugang, der selbstverständlich für notwendig angesehen wird, heute als Begründung für die Mehrkosten heranzuziehen, lasse man nicht gelten. Man müsse und dürfe auch davon ausgehen, dass dies bei einer Summe von 1,4 Mio. DM berücksichtigt war. Zu den zur Deckung der Mehrausgaben herangezogenen Mehreinnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken sei zu sagen, dass Grundstücke nur einmal verkauft werden können. Desweiteren sei vor dem Hintergrund des drohenden Haushaltssicherungskonzeptes für das nächste Jahr diese Mehrausgabe unverantwortlich. Die SPD-Fraktion könne der Kostenerhöhung nicht zustimmen und lehne die Vorlage ab.

Der Bürgermeister entgegnet, dass Planungen Unwägbarkeiten in sich haben. Er weist auch darauf hin, dass man hier einen neuen Weg beschreite, in dem man öffentliche Einrichtungen im Rahmen des Qualitätsmanagements begleite. Mit einer Prüfung durch die Rechnungsprüfung habe die Verwaltung keine Probleme.

Vom Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird ausgeführt, dass das Votum zur Erhaltung des Sportplatzes in Baumberg von allen Fraktionen im Hause – außer von der SPD-Fraktion – gekommen sei. Man stehe auch nach wie vor dazu. Man sei jetzt aber der Auffassung, dass die Verwaltung nicht vernünftig gearbeitet habe. Von den in der Tabelle zur Vorlage aufgeführten Positionen seien viele teurer geworden. Das würden die Grünen nicht mittragen. Die Liebe zum Sportplatz umfasse 1,4 Mio. DM, aber keine Mark mehr. Sicherlich seien die Ausführungen des Architekten nachvollziehbar. Man sei auch der Meinung, dass eine behindertengerechte Gestaltung notwendig sei. Nur könne es nicht sein, dass mitten in der Planung festgestellt wird, dass etwas noch zu berücksichtigen ist, was man eigentlich hätte wissen müssen. Es gebe viele Unstimmigkeiten in der Verwaltungsvorlage. Auch ein paar Worte zur Gegenfinanzierung wären wichtig gewesen. Er halte zwar die Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeit für völlig in Ordnung, aber konsequent sollte von allen Fraktionen der Verwaltung gesagt werden, zwar Überlegungen zur Finanzierung anzustellen, aber nicht aus dem Haushalt zu finanzieren und schon gar nicht durch die Veräußerung von Grundstücken, die wie schon gesagt, nur einmal verkauft werden können. Wenn es um öffentliche Bauten gehe, müsse er in schöner Regelmäßigkeit nach den Planungen oder nach den Bauausführungen erleben, dass erheblich mehr Mittel als veranschlagt verbaut werden. In diesem Fall seien es über 20%. Er sei daher nicht gewillt, dem zuzustimmen.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Verwaltung nicht der Prügelknabe sei. Die Mitarbeiter würden ihr möglichstes tun. Zu den Grundstücken sei zu erwähnen, dass es hier um Mehreinnahmen durch die Veräußerung von Gewerbegrundstücken am Kielsgraben gehe. Die Verwaltung gehe davon aus, hier entsprechende überplanmäßige Einnahmen zu haben, um die Mehrkosten decken zu können. Zu der Kostenschätzung zum Zeitpunkt der Haushaltsetatisierung sei zu sagen, man sei u.a. davon ausgegangen, dass das Vereinsgebäude noch nutzbar ist und nur saniert werden müsse. Dafür seien 130.000,-- DM vorgesehen gewesen. Es hätte sich aber gezeigt, dass das Gebäude komplett abgerissen und neu aufgebaut werden muß mit der Folge, dass Mehrkosten von ca. 400 – 500.000,-- DM entstehen. Seitens der SPD-Fraktion wird dem

entgegengehalten, dass von den Sportfreunden schon seit längerem auf den maroden Zustand des Gebäudes hingewiesen worden sei.

Die Vertreterin der Fraktion MBM/F.D.P erklärt, dass sie die Sanierung des Sportplatzes nicht in Frage stellen wolle, aber unter den jetzigen Bedingungen sei es nicht tragbar. Eine Entscheidung werde dadurch nicht leichter, weil doch alles als notwendig anzusehen sei. Trotzdem müsse sie irgendwo die Grenze ziehen und sagen, hier ist Schluss. Sie könne der Vorlage daher heute nicht zustimmen.

Nach weitere Diskussion fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich die Kosten in den Hauptpositionen zur Erstellung von Kunstrasenflächen seit Fertigstellung des Sportplatzes Am Kielsgraben um rund 10 % erhöht haben.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Qualitätssicherung der Tiefbaumaßnahme durch das beauftragte Architekturbüro in Form von Materialprüfungen, Standfestigkeitsprüfungen und elektrooptischen Aufmaßen sichergestellt ist.
3. Zusätzlich zu den bisherigen Planungen wird ein behindertengerechter Zugang in Form einer Rampenanlage zum Sportplatz zum Preis von ca. 50.000,00 DM geschaffen, um den Anforderungen der „Erklärungen von Barcelona“ und den künftigen Bedingungen der Landesbauordnung NRW zu genügen.
4. Zur erheblichen Erhöhung der Lebensdauer des Spielfeldbelages, und zur Einsparung des Pflegeaufwandes für den Böschungsbereich wird die bisherige Böschung vom Spielfeldrand zur höhergelegenen Umwegung durch Betonböschungswinkel (L-Steine) ersetzt. Hierfür werden weitere rund 110.000,00 DM bereitgestellt.
5. Die Sanierung Sportplatz Sandstraße soll nach Ausbauvorschlag 4 erfolgen.
6. Gemäß § 66 Abs.2 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein in Verbindung mit §§ 60 Abs. 1 S.1 i. V .m. 82 Absatz 1 GO NW wird die Zustimmung zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel von 250.000,00 DM erteilt. Zur Deckung werden Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 8800.3400.01 – Verkauf von Grundstücken – herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 8 Stimmen (BM und CDU)

dagegen 7 Stimmen (SPD,Grüne, MBM/F.D.P)

Bürgerfragestunde

Beginn: 20.14 Uhr

Ein Bürger weist auf die immer noch vorhandenen Missstände auf der Bürgerwiese und insbesondere auch auf das durch die Pkw's verursachte Chaos auf den Zufahrtsstraßen hin. So würde z.B. immer noch in der Kurve geparkt. Das Verständnis der Anwohner für diese teilweise unhaltbaren Zustände hätte auch mal ein Ende.

Der Bürgermeister entgegnet, dass diese Ausführungen des Bürgers nochmals aufgenommen werden. Er habe bereits alle 4 Dienstkräfte des kommunalen Ordnungsdienstes angewiesen, an den Wochenenden zu patrouillieren und für Ordnung zu sorgen. Man werde sich intensiv Gedanken machen müssen über eine Nutzungsordnung und dergleichen mehr. Die Stadt werde Mittel und Wege suchen und finden, um die Situation dort in den Griff zu bekommen.

Ende: 20.25 Uhr

Ö 9.

Mündliche Anfragen

Ö 9.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsherr Dr. Müller „Jubiläumszuwendungen an Vereine“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion teilt mit, dass ihm die Kopie eines Schreibens der St. Sebastianus Schützenbruderschaft Monheim vom 25.10.1999 an die Stadt vorliege, wonach dieser Verein für sein 650-jähriges Jubiläum im Jahr 2000 um die Bewilligung des Zuschusses gemäß den Richtlinien zur Förderung des Sports bittet. Das Gleiche gelte für die St. Sebastianus Schützenbruderschaft Baumberg, die den Antrag auf Bewilligung des Zuschusses zum 100-jährigen Bestehen bereits 1998 gestellt und ihn im Jahre 1999 nochmals wiederholt hätten. In beiden Fällen sei keine Reaktion der Verwaltung erfolgt bzw. Zuschüsse seien nicht gezahlt worden. Es gebe für diesen Bereich eindeutige Richtlinien, wie bei Jubiläen zu verfahren ist. Da die Jubiläen jetzt kurz bevor ständen, sei es sehr dringend, nach den Richtlinien zu verfahren, die Zuschüsse zu gewähren und umgehend auszuzahlen. Zudem werde gefordert, zukünftig eingehende Anträge dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport vorzulegen. Die Verwaltung entgegnet, dass nicht bekannt sei, wie die Panne entstanden ist. Die Angelegenheit werde schnellstmöglich geklärt. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion betont nochmals, man gehe davon aus, dass umgehend gemäß den Richtlinien verfahren wird. Eine Sprecherin der SPD-Fraktion äußert, es sollte zukünftig in den entsprechenden Ausschüssen kritisch nachgefragt werden, ob bestehende Richtlinien entsprechend umgesetzt werden.

Ö 9.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Klein (SPD); „Schiffsanlegestelle Baumberg“

Ratsherr Klein teilt mit, Bürger hätten sich darüber beschwert, dass sie zwar ein Schiff für einen Ausflug ohne Schwierigkeiten hätten chartern können, dass ihnen aber die Anleegerlaubnis an der Schiffsanlegestelle Baumberg vom Eigentümer nicht gegeben worden sei. Es könne nicht Sinn einer Anlegestelle sein, dass sie unbenutzbar ist. Er fragt die Verwaltung, wer der Eigentümer der Schiffsanlegestelle ist, ob der geschilderte Sachverhalt bekannt sei und ob die Verwaltung Möglichkeiten sehe, sich mit dem Eigentümer in Verbindung zu setzen. Die Anfrage brauche nicht heute beantwortet zu werden, eine Antwort sollte aber nach Recherchen schriftlich erfolgen.

Der Bürgermeister erwidert, dass derselbe Sachverhalt ihm auch mitgeteilt worden sei. Auf jeden Fall werde eine schriftliche Stellungnahme erfolgen. Die Verwaltung teilt dazu noch mit, dass es keine allgemeine öffentliche Anlegestelle sei. Der Eigentümer sei nicht bekannt. Wer das ist, müsse festgestellt werden.

Ö 9.3 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Enseroth (MBM/F.D.P.) „Fremdenverkehrskonzept“

Ratsfrau Enseroth fragt, wie weit das Fremdenverkehrskonzept gediehen sei.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung intensiv daran arbeite. Einige Dinge seien neu beleuchtet worden im Rahmen der EUROGA 2002. Erst heute sei ein sehr erfolgreiches Gespräch beim Ministerium geführt worden. Eine umfassende Konzeption könne man heute

noch nicht liefern. In einer der nächsten Verwaltungskonferenzen werde man sich mit dem Thema umfassend beschäftigen.

Ö 9.4 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Pruin; „Votum Mona Mare“

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bemerkt, dass die Bürger am Tage der Landtagswahl die Möglichkeit gehabt hätten, ihr Votum über die Zukunft des Allwetterbades abzugeben. Diese Befragung sollte Gegenstand einer Entscheidung sein, die der Rat vor der Sommerpause trifft. Er fragt, ob in der Ratssitzung am 08.06.2000 darüber geredet werde bzw. ob man dann eine Beschlussvorlage der Verwaltung erhalte.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das für die Ratssitzung am 08.06.2000 nicht vorgesehen sei. Die Verwaltung lasse sich Zeit bis nach den Sommerferien, um Einzelfragen sauber bis ins Detail geklärt zu haben. Die Angelegenheit sei dann für die nächste Ratssitzung nach der Sommerpause vorgesehen (28.09.2000).

Ö 9.5 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); „Wohnumfeldverbesserung Berliner Viertel; Erneuerung Ernst-Reuter-Platz“

Ratsherr Nieswand äußert, dass im Vorfeldbereich von der Weddinger Straße/Zugang zum Ernst-Reuter-Platz der Bürgersteig zu der Rampe am Ende der Parkbucht abgesenkt worden ist. Unterhalb der Treppe ist der Bürgersteig aber wieder angehoben worden, so dass wieder eine Stufe hergestellt wurde. Er fragt, warum das so geschehen musste. Desweiteren bemerkt er zum Ernst-Reuter-Platz selbst, dass ihm schon mehrfach Fragen zu dem Treppengeländer neben dem Extra-Markt gestellt worden seien. Das Geländer sei an der Mauer zum Extra-Markt angebracht worden. Er fragt, warum man dort nicht, wie an anderen Stellen auch, ein Mittelgeländer auf der Treppe gewählt habe.

Die Verwaltung entgegnet, dass man im Zusammenhang mit der Behindertenrampe sich Gedanken gemacht habe, wie man dort zu einer ordentlichen Lösung komme. Am Ende der Treppe sei der Bordstein bisher abgesenkt gewesen. Er sei jedoch wieder angehoben worden, da in dieser Ecke Andienungsverkehr sei. Dadurch würden die Leute sehr verunsichert, auf die Parkplätze laufen und wüßten dann nicht mehr, wie sie weiterkommen. Während der Bauphase habe man das häufig beobachtet. Daher sei dieser Punkt dort wieder geändert worden. Zu der zweiten Frage zu dem Geländer sei dies zum einen eine Kostenfrage, zum anderen sei das aber auch mit dem Architekten abgestimmt. Bei Ortsterminen habe man die bestmögliche Lösung gesucht und sich dann entschlossen, das Geländer so wie es jetzt ist herzustellen.

Ö 9.6 Mündliche Anfrage der Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Ratsfrau Hengsberger „Delegation nach Tirat Carmel“

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion fragt, ob es richtig sei, dass im Juni eine Delegation der Stadt nach Tirat Carmel fährt und wenn ja, wer daran teilnimmt.

Der Bürgermeister bestätigt, dass am kommenden Mittwoch eine Delegation nach Tirat Carmel fährt. Das würde er zusammen mit Herrn Dr. Hennen sein. Als Privatpersonen würden die Ehefrau von Herrn Dr. Hennen und seine Verlobte an der Reise teilnehmen. Für diese beiden Teilnehmerinnen würde die Reise privat bezahlt.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion äußert, dass solche Reisen wie bisher vorher abgeklärt werden sollten. Der Bürgermeister entgegnet, dass er keine Probleme damit habe, dies auch interfraktionell abzustimmen.

Ö 9.7 Mündliche Anfragen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsherr Dr. Müller „Verwaltungsgebührenbescheid/Spendenquittungen“ „Nutzung Sporthallen“

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion bemerkt, dass dem Baumberger Allgemeinen Bürgerverein (BAB) im Zusammenhang mit der Befreiung von Verwaltungsgebühren in einem Schreiben vom 25.04.2000 mitgeteilt wurde, dass entsprechend einem Ratsbeschluss die Vereine von der Zahlung der Verwaltungsgebühren befreit sind. Es werde gebeten, die versehentliche Erstellung des Verwaltungsgebührenbescheides zu entschuldigen. Um den Ratsbeschluss ordnungsgemäß umsetzen zu können, werde um Übersendung einer Kopie des Freistellungsbescheides des Finanzamtes gebeten. Er fragt, ob Spendenquittungen nicht ohnehin eine Freistellungsbescheinigung des Finanzamtes voraussetzen, so dass Informationen abgefragt werden, die eigentlich sowieso vorhanden sind.

Der Bürgermeister entgegnet, dass es einer Vorlage der Freistellungsbescheinigung nicht bedürfe. Innerhalb des Fachbereiches werde das entsprechend geregelt. Es habe in den vergangenen Monaten leichte Verunsicherungen bei den Mitarbeitern gegeben, als es darum ging, Vereine von den Gebühren zu befreien. Die Fachbereichsleitung sollte nochmals einen deutlichen Hinweis geben.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion fragt, ob eine Nutzung der OHG-Sporthalle für Zwecke, die außerhalb des Sportbereiches liegen, schon einmal beschlossen worden sei, ob allgemein für alle Sporthallen die Schwingböden durch anderweitige Nutzungen und durch das Begehen mit sehr vielen Personen Schäden nehmen würden und ob es ggfls. bereits solche Schäden gebe. Zudem sei die Verwaltung schon vor einiger Zeit aus gegebenem Anlass beauftragt worden, einen Entwurf eines Nutzungsvertrages, der generell für solche Zwecke Gültigkeit habe, zu erstellen. Er frage, wann der Entwurf vorgelegt werde.

Der Bürgermeister entgegnet, dass nicht bekannt sei, ob eine anderweitige Nutzung der OHG-Sporthalle schon einmal beschlossen wurde. Es stehe natürlich auch im Entscheidungsrecht des Schulleiters, entsprechende Veranstaltungen auch auf Sporthallen zu erstrecken. Ob es Schäden an den Schwingböden gebe, werde z.Zt. intensiv geprüft. Der Entwurf eines Nutzungsvertrages generell für alle öffentlichen Räumlichkeiten stehe, soweit er wisse, kurz vor dem Abschluss.

Ö 9.8 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); „Fun-Fete am 17.06.2000“

Ratsherr Nieswand äußert, wie aus der Presse zu entnehmen war, würde am 17.06.2000 auf dem Ernst-Reuter-Platz die Fun-Fete stattfinden. Einhergehend mit der Meldung sei darauf hingewiesen worden, dass dort ein Scater-Rennen stattfindet und daher über mehrere Stunden mehrere Straßen gesperrt werden. Das würde im Umkehrschluss bedeuten, dass die Anwohner verschiedener Straßen in der Zeit nicht mehr zu ihren Häusern kommen können. Er fragt, wie die Verwaltung gedenke, dieses Problem zu lösen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das geprüft werden müsse. Aber ggfls. könne Ratsherr Göbel als Mitveranstalter etwas dazu sagen.

Ratsherr Göbel erklärt, dass der Berliner Ring nur zum Start und zum Ziel kurz benutzt werde. Die Veranstaltung würde nur eineinhalb Stunden dauern. Über einen längeren Zeitraum sei als einzige Straße die Lichtenberger Straße betroffen. Das Ganze sei eine recht gute und attraktive

Sache. Wenn man Attraktivität wolle, müsse so etwas auch schon mal in Kauf genommen werden. Beim Gänseliesellauf würden auch Straßen gesperrt.

Ö 9.9 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Göbel (CDU); „Sporthallen“

Ratsherr Göbel bemerkt, dass gesagt worden sei, der Schulleiter sei dafür zuständig, was in der Sporthalle passiert. Er sei der Meinung, das könne nicht so der Fall sein. Die Sportvereine seien bei Veranstaltungen angewiesen, darauf zu achten, was für Schuhwerk getragen wird. Wenn eine Veranstaltung wie eine Feier durchgeführt wird, werden sicherlich nicht diese Schuhe getragen, die vorgeschrieben sind, es werde mit Sicherheit auch geraucht und Essen ausgegeben, was in Sporthallen im allgemeinen strengstens verboten ist. Es komme hinzu, dass darauf zu achten ist, was mit den Böden passiert. Wenn jetzt so eine Veranstaltung anstehe wie im OHG, möchte er die Verwaltung doch bitten, dem nachzugehen, welche Vorkehrungen dort getroffen worden sind.

Der Bürgermeister entgegnet, dass man hier die Gemengelage zwischen Schulleitung und Schulträger habe. Man werde das intensiv prüfen. Es liege nicht im Interesse des Schulträgers, nachhaltige Schäden begleichen zu müssen.

Ö 9.10 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); „Grünflächenpflege“

Ratsherr Nieswand führt aus, dass es laut Presseinformation in der Stadt Schwierigkeiten mit der Grünpflege gebe. Er habe auch feststellen müssen, dass im Bereich Mona Mare nach dem Autokennzeichen zu urteilen, eine Fremdfirma tätig war. Ihm sei erinnerlich, dass dort der Grünflächenbereich vom Bauhof gepflegt wird. Er fragt, ob es irgendwelche Absprachen gibt, dass die Grünpflege in fremde Hände vergeben wird.

Der Bürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung Grünflächenpflegeleistungen bislang nicht fremd vergibt. Das hätte er ansonsten auch mitgeteilt. Er könne keine andere Antwort darauf geben. Auch im Bereich Mona Mare hätte nichts anderes geschehen können.

Ö 9.11 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD); „Autoverkehr Auf der Heide – Bürgerwiese/Alfred-Nobel-Straße“

Ratsherr Nieswand bemerkt, dass mittlerweile zwischen den Büschen und Bäumen gern mit den Autos über die Bürgerwiese gefahren werde. Ähnliches müsse im weiteren Verlauf der Straße „Auf der Heide“ festgestellt werden. Da werde eine Abkürzung zur Autobahn benutzt, in dem man einfach ein Stück über den Acker fahre und dann schnell auf der Alfred-Nobel-Straße sei. Er fragt die Verwaltung, ob es möglich sei, dies zu verhindern.

Der Bürgermeister bejaht dies.

Ö 10 Mündliche Mitteilungen

.

Es gibt keine mündliche Mitteilungen.